

Ute Opitz-Karig

Das Bundesmodellprogramm „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ – Erfahrungen, Erkenntnisse, Ergebnisse¹

Um es gleich vorwegzunehmen – das Positive zuerst: Das Bundesmodellprogramm „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ war insgesamt ein Erfolg – bei allen Einschränkungen und Relativierungen, die gemacht werden müssen und auf die ich im Laufe meines Vortrages kommen werde.

Es war ein Erfolg für die beteiligten Praxisprojekte, es war ein Geschenk an die ausgewählten Projektregionen und vor allen Dingen war es ein Gewinn für die Jugendlichen auf dem Land. In ihren Köpfen und in den Herzen ist etwas bewegt worden, schlecht messbar zwar, aber für den, der genauer hinsieht, durchaus festzustellen.

Das grundsätzliche Ziel, verschiedene Arbeitsformen der Offenen Jugendarbeit experimentell in der Praxis zu erproben, ist erreicht worden. Zwischen den Praxisprojekten gab es dabei bemerkenswerte Synergieeffekte – es wurden neben den von der wissenschaftlichen Begleitung organisierten Tagungen gegenseitig die Projektstandorte besucht, gemeinsame Aktionen mit den Jugendlichen geplant und durchgeführt, und Kontakte der Projektmitarbeiter/innen bestehen teilweise heute noch. Dieser Zusammenhalt der Projekte fand gewissermaßen seinen krönenden Abschluss in der Tatsache, dass von fünf Projektteams ein gemeinsamer Projektantrag initiiert und eingereicht, jedoch leider nicht bewilligt wurde.

„Leuchttürme in der Landschaft“ sollten nicht errichtet werden – so die klare Maßgabe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Start des Modellprogramms. Das ist auch nicht geschehen. Nachhaltigkeit und Langfristigkeit war angestrebt und die Projektteams hatten von Beginn an darauf hingearbeitet, in ihrer jeweiligen Projektregion „einen Fuß in die Tür zu bekommen“. Es ist – wie nach bisherigen Erfahrungen in Modellprogrammen leider zu erwarten war – auch uns nicht in ausreichendem Maße gelungen, Länder und Kommunen „ins Boot zu holen“ und sie zu bewegen, die Projektansätze zu übernehmen und in Eigenregie fortzusetzen. Über die Gründe wird zu reden sein, auch wenn einige davon wohl auf der Hand liegen.

Eine Ausnahme – nach meinem Wissensstand – gibt es dennoch, und das in einer der

strukturschwächsten Projektregionen des Programms überhaupt: in Nordvorpommern. Aber wahrscheinlich lassen sich an der Küste, auf dem flachen Land Leuchttürme nicht nur besser errichten, sie bleiben auch eher stehen ... Man könnte auch sagen: Dort hätten sie es am nötigsten gehabt.

Besagtes Projekt hatte zunächst den Nachteil, dass es während der gesamten Projektlaufzeit keinen eigenen Raum bzw. ein Gebäude zur Verfügung hatte, nachdem es sich kurz nach Beginn massiv mit Eigentumsstreitigkeiten konfrontiert sah und dadurch ungleich schlechtere Startbedingungen hatte als andere Projekte. Ein kleiner Büroraum war in einem Jugendclub untergebracht, ansonsten wurde „getingelt“. Das Projekt hatte jedoch den entscheidenden Vorteil, dass von Beginn an nicht nur der Träger, sondern auch Bürgermeister und Gemeinderat dahinter standen und Jugendarbeit zu „ihrer Sache“ erklärten. Und nicht nur das, sie wurden aktiv und kümmerten sich um den Fortgang der Dinge (bereits bei der Auftakttagung im Dezember 1998 hier in Berlin war besagter Bürgermeister selbst anwesend!). Am Ende der Projektlaufzeit wurde dann erklärt, alles zu versuchen, um die Finanzierung weiterhin abzusichern. Und auch damit nicht genug: Das Projektteam bekam eine ausgediente Baubaracke zugesagt, die es gemeinsam mit den Jugendlichen als ihr Domizil ausbauen durfte.

Das Beispiel macht klar: Die Bedeutung von Jugendarbeit auf dem Land war von den Verantwortlichen erkannt worden und das Projektteam hatte damit für die Umsetzung seiner Idee ein Pfund, mit dem es wuchern konnte – nämlich die volle Unterstützung der Gemeinde. Es reicht eben bei Weitem nicht aus, das Zugpferd vor den Karren zu spannen, es muss auch gefüttert werden.

Die Rahmenbedingungen sind das A und O jeglicher Projektarbeit. Für die beteiligten Projektteams gab es hier durchaus Unterschiede. Zwar wurden alle Praxisprojekte vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend finanziert, in einigen Fällen beteiligten sich zusätzlich die Kommune oder das Land, und natürlich konnte von allen Projektteams auf die vorhandenen materiellen und finanziellen Ressourcen ihrer Träger zurückgegriffen werden. Das war von vornherein intendiert, aber die realen Möglichkeiten der einzelnen Projektträger variierten sehr stark.

Angesiedelt waren die – zwölf in der ersten und acht in der zweiten Förderphase – beteiligten Praxisprojekte in den fünf ostdeutschen Bundesländern. Die für das Modellprogramm ausgewählten Untersuchungsregionen (Nordvorpommern, Uecker-Randow, Ostprignitz-

Ruppin, Spree-Neiße, Bördekreis, Landkreis Gotha, Landkreis Meißen, Nossen-Heynitz) sind durchgängig von Strukturschwäche² geprägt.

Die Trägerlandschaft der beteiligten Praxisprojekte zeichnete sich durch eine außerordentliche Vielfalt aus. Das Spektrum umfasste dabei sowohl größere bundesweit tätige Verbände als auch kleinere regionale bzw. lokale Vereine.

Träger und Vereinigungen auf Landesebene sind im Vergleich zu lokalen Trägern zwar meist stabiler und verfügen über bessere materielle und personelle Ressourcen. Dennoch ist die Größe nicht immer ein Garant für Erfolg. So musste ein Projekt in Sachsen-Anhalt wegen trägerinterner Unstimmigkeiten bezüglich der Verortung bzw. Verantwortung des Projektes seine Arbeit noch vor Abschluss der ersten Förderphase einstellen. In einem anderen Fall in Sachsen wurde bei einem auf Landesebene niedergelassenen, bundesweit agierenden Träger ein Insolvenzverfahren eingeleitet; in der Folge musste dieses Projekt seine Arbeit ebenfalls einstellen. Schade – verschenkte Bundesmittel, die nicht an ihre Adressaten kamen.

Festzustellen war, dass die Motivation und Bereitschaft der Träger, sich in die Arbeit des Modellprogramms einzubringen, in Abhängigkeit von ihrer Größe und Tradition sehr differierte. Größere bundesweite Träger mit längerer Tradition sind etablierter und nutzen im Wesentlichen die finanziellen Vorteile eines Bundesmodellprogramms. Kleinere Vereine, die erst nach der Wende gegründet wurden, brachten demgegenüber deutlich mehr Innovation und neue Ideen in das Programm ein und waren aktiver in Bezug auf die geforderte regionale Verankerung der Projekte. Dazu gehörte die Suche nach Kooperationspartnern genauso wie die Gründung von Gremien, in denen Jugendfragen verhandelt und entschieden wurden. Mangelnde Erfahrung wurde hier kompensiert durch den Willen sich zu profilieren und zu etablieren. Dafür bot das Modellprogramm das ideale „Experimentierfeld“.

Die personelle Situation in den Projektteams war gekennzeichnet durch eine paritätische Besetzung der Stellen, d.h. es wurde angestrebt, jeweils gemischtgeschlechtliche Teams zusammenzustellen. Mit Ausnahme von zwei Projekten waren jeweils zwei Fachkräfte im Projekt angestellt. Damit war zumindest von der Planung her eine gewisse personelle Kontinuität gesichert. In drei Projekten gab es jeweils nur eine Personalstelle. Die Besetzung von nur einer Personalstelle erwies sich allerdings als unzureichend, um einerseits Überforderungen zu vermeiden, die aus der Größe der Untersuchungsregionen resultierten. Andererseits lieferte die Praxis der Projekte eine Fülle von

Hinweisen, dass eine Ausstattung mit zwei Personen, die unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen in die Projektarbeit einbringen können und als Ansprechpartner für die Jugendlichen zur Verfügung stehen, angesichts der Vielfalt der Aufgaben sachlich sinnvoll ist.

In einem der Praxisprojekte war keine Person fest angestellt; alle im Team waren auf Honorarbasis tätig: Aber auch hier gab es zwei feste Ansprechpartner/innen, von denen die Projektarbeit koordiniert wurde. Es handelte sich hier um einen Versuch, die finanziellen Mittel in anderer Form zu binden als traditionell in der Jugendarbeit üblich. Die eingestellten Personalmittel wurden auf etwa acht bis zehn Bereichsreferenten/innen umgelegt. Diese waren jeweils zuständig für bestimmte Themenbereiche. Alle Beteiligten arbeiteten freiberuflich. Für ihren Bereich waren sie eigenverantwortlich, mussten sich um die Finanzierung ihrer Aktivitäten selbst kümmern und die dafür notwendigen Mittel einwerben. Durch ihren Einsatz gelang es dem Projekt, an zusätzliche Mittel heranzukommen, die sonst nicht verfügbar gewesen wären. War ein solches Projekt erfolgreich abgeschlossen, wurde nach einem anderen, neuen Träger gesucht, der Interesse daran hatte. Diesem wurde das Know-how der Maßnahme weitervermittelt. Das Projektteam half dann nur noch bei der Beschaffung von Fördermitteln. Neben dem inhaltlichen und methodischen Know-how wurde auch das Finanzwissen an den jeweiligen lokalen Träger weitergegeben. (Scharf/Schütz 2001, S. 114) Dieses Modell war für das Projekt sehr tragfähig und ließ Aktionen zu, die in anderen beteiligten Praxisprojekten nicht möglich, weil nicht finanzierbar gewesen wären.

Beim Übergang in die zweite Förderphase des Modellprogramms ergaben sich vor allem aufgrund der Personalsituation in den Praxisprojekten einige Schwierigkeiten. Die Projektteams mussten neu motiviert werden. Weniger problematisch wäre das gewesen, wären sie in ihrer Zusammensetzung erhalten geblieben. Für den Fortgang des Programms kam jedoch erschwerend hinzu, dass das Ende der ersten Förderphase für einen Teil der bisherigen Mitarbeiter/innen den freiwilligen und geplanten Ausstieg bedeutete. Das führte zum teilweisen Wegbrechen der Arbeitsbasis zu Beginn der zweiten Förderphase.

In zwei Fällen war das Projektteam komplett ausgetauscht worden, in einem Projekt wurde das Personal insgesamt sogar drei Mal ausgetauscht. Der gehäufte Personalwechsel machte immer wieder die Neuorientierung und Motivation der hinzu gekommenen Projektmitarbeiter/innen notwendig. Von ursprünglich 23 Mitarbeitern/innen in der ersten Förderphase

waren es am Ende der zweiten noch neun Personen, die über die gesamte Programmlaufzeit beteiligt gewesen waren. Es gab praktisch kein Projektteam, in dem nicht mindestens ein Personalwechsel vonstatten gegangen war.

Dadurch wurde die kontinuierliche methodische Weiterarbeit behindert. Erfahrungen aus der ersten Förderphase flossen nur bedingt in die zweite Phase ein und konnten teilweise gar nicht mehr genutzt werden, da zum einen die Projektübergabe teilweise nicht funktioniert hatte und zum anderen festgestellt werden musste, dass die neuen Mitarbeiter/innen mitunter gar nicht bereit (oder in der Lage) waren, sich auf die ursprünglichen Zielstellungen des Programms einzulassen.

Hinzu kam, dass einige der neuen Mitarbeiter/innen Berufsneueinsteiger waren. Für sie war es eine Chance, vom Studium direkt in die Berufspraxis einsteigen zu können. Für die Umsetzung von Modellprogrammen jedoch sind Berufsneueinsteiger nicht unbedingt als günstig einzuschätzen, zumal in einer Verlängerungsphase von zwei Jahren weder Zeit noch Personal ausreichend vorhanden sind, um sich hier längere Einarbeitungsphasen zu leisten. In der Umsetzung von Modellprogrammen ist man auf engagierte, qualifizierte und kontinuierliche Zusammenarbeit mit motiviertem Personal angewiesen, d.h. dass professionelles Herangehen an die Aufgaben eines Bundesmodellprogramms von den Teams sogar erwartet werden muss.

Damit einher gingen zunehmend Schwierigkeiten bei der Durchführung der regelmäßig stattfindenden Gesamtmodelltagungen. Ein nicht unerheblicher Teil der Projektmitarbeiter/innen war trotz ihrer Verpflichtung zu Beginn des Modellprogramms dazu auf der ersten Modelltagung der neuen Förderphase nicht anwesend, so dass von Seiten der wissenschaftlichen Begleitung es kaum möglich war, methodische Orientierungen für den Fortgang des Programms weiterzugeben. Hier wäre mehr Unterstützung von ministerieller Seite sehr hilfreich gewesen.

Überhaupt war – insbesondere in der zweiten Förderphase – des Öfteren spürbar, dass auch Modellprogramme leider nicht im „luftleeren Raum“ stattfinden.

Einen Großteil der Projektarbeit nahm insgesamt die Basisarbeit vor Ort ein. Dabei war wichtigstes Anliegen der Arbeit der Praxisprojekte vor Ort, Jugendliche zu erreichen, die bisher in noch keine Strukturen eingebunden waren bzw. an Angeboten teilnahmen. An diese Jugendlichen heranzukommen erwies sich – nicht nur aufgrund der Größe der Projektregionen – als aufwändig und zum Teil schwierig. Vor allem die Isolation der ohnehin wenigen

Jugendlichen und ihre Verstreutheit machten den Projekten zu schaffen. Und in gewisser Weise kann man sogar die Einstellung mancher Bürgermeister nachvollziehen – wenn auch nicht akzeptieren – wenn sie sagen: „Wozu brauch’ ich Jugendarbeit in meinem Dorf? Ich hab’ ja nur einen Jugendlichen.“

Die Hindernisse, die bei der Umsetzung der Konzepte auftraten, lagen nicht selten in den örtlichen Gemeindeformen begründet, d.h. nicht in allen Gemeinden gleichermaßen war man zur Zusammenarbeit bereit. Zum einen hing das mit traditionellen Denkmustern zusammen, die nur schwer oder gar nicht überwunden werden konnten, da die Strukturen und personellen Bezüge innerhalb mancher Ortschaften äußerst undurchlässig und verfestigt waren.

Nicht zuletzt auch aufgrund dieser Gegebenheiten war es mitunter problematisch, Jugendliche für die Projektarbeit zu gewinnen. Um sie dennoch motivieren zu können, Verantwortung zu übernehmen, müssen sie sich in ihrer Region, ihrem Ort zuallererst heimisch fühlen und von den Erwachsenen akzeptiert werden. Ein Projektteam brachte es auf den Punkt mit dem Satz „Verantwortung braucht Identifikation“ und meinte: „Diese Verantwortung kann nur entstehen, wenn Jugendliche des Dorfes nicht als Randgruppe verstanden werden, für die man einen ‚Randgruppenbetreuer‘ braucht. Sie entsteht, wenn die Gemeinde Jugendliche als einen wesentlichen Bestandteil der Gemeinschaft begreift und sie in diesem Verständnis unterstützt.“ (Wigim/Hub 1999, S. 4)

Es stellt sich die Frage nach der künftigen Entwicklung in diesem Bereich, wenn man bedenkt, dass Prognosen besagen, neben dem deutlichen Geburtenrückgang würden zudem „selektive Abwanderungen, vor allem der jüngeren und qualifizierten Personen, zumeist aus den nordöstlichen Regionen erwartet. Hier wird mit der Abnahme der Zahl Jugendlicher unter 20 Jahren um 40 bis 50% bis zum Jahre 2010 gerechnet.“ (Irmes 1997). Dabei gibt es z.B. in Nordvorpommern schon jetzt fast leere Dörfer (Winter 1993, S. 108), und man findet vor allem in den neuen Bundesländern Gebiete mit weniger als 60 EW/qkm (mit Trend nach unten), also „einer extrem niedrigen Bevölkerungsdichte, die eher mit peripheren Lagen in der Europäischen Union als mit den alten Bundesländern vergleichbar ist.“ – so zu finden in den Mitteilungen und Informationen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung. (Mitteilungen und Informationen der BfLR 1996, 1997)

Hinzu kommt – und möglicherweise ist dies ein Resultat des Mangels an Jugendlichen, aber die „Henne-Ei“-Diskussion, welches Di-

lemma vorher da war, bringt hier wohl auch nicht viel –, dass im ostdeutschen Raum insgesamt eher von einem Fachlichkeitsdefizit im Kinder- und Jugendhilfebereich gesprochen werden muss. Dies hatte für die Projektteams insofern Auswirkung, da es aufgrund des sehr hohen Anteils von ABM-Stellen und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen nicht ganz einfach war, qualifizierte und interessierte Kooperationspartner zu finden, die auch tatsächlich für eine längere Zusammenarbeit motiviert waren. Das Problem, dass nahezu jede Person auf eine ABM-Stelle gelangen kann, ist bekannt, ich verweise hier nur auf den Elften Kinder- und Jugendbericht. (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2002, S. 91)

Die Zielsetzung des Programms wurde in der zweiten Förderphase spezifiziert. Anknüpfend an die Erkenntnisse und Erfahrungen der ersten Förderphase, in der sich neue Formen der Offenen Jugendarbeit im ländlichen Raum erfolgreich etablieren konnten, wurde in der zweiten Phase eine inhaltliche Neuakzentuierung vorgenommen, d.h. es wurde kein neuer Schwerpunkt in die Arbeit der Praxisprojekte aufgenommen, sondern die bisherigen Methoden und Arbeitsformen sollten in Bezug auf eine spezifische Zielgruppe weiterentwickelt werden. Ausgegangen wurde von der Annahme, dass die Offene Jugendarbeit in der Lage ist, mit ihrem breiten Spektrum an Arbeitsformen gegenüber der rechten Szene eine Alternative für Jugendliche darzustellen.

Damit standen die Projektteams am Beginn der neuen Förderphase vor der Frage, welchen Beitrag sie dabei zu leisten vermögen, welche Jugendlichen sie überhaupt ansprechen und an der Arbeit beteiligen können (und auch wollen) und wo ihre Grenzen angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen und ihrer Aufgaben liegen, nämlich ein Angebot für alle Jugendlichen zu ermöglichen.

Zielgruppe des Programms waren die 14- bis 18-Jährigen – und das galt ebenso für die zweite Förderphase –, es mussten also wieder „neue“ Jugendliche aktiviert werden. Es handelt sich hier um eine Altersgruppe, die in vielfacher Hinsicht noch ungefestigt sind in ihren Weltansichten, daher aber auch besonders „anfällig“ ist für Angebote, die ihnen versprechen, in Gruppen integriert zu werden. Gleichzeitig sind die Jugendlichen auf dem Land benachteiligt, in dem Sinne, dass sie von Angeboten ausgeschlossen sind, die für sie nicht verfügbar, in großstädtischen Räumen jedoch zahlreich vorhanden sind.

Das Problem, mit dem es die Projektteams zu tun hatten, ist, dass ostdeutsche ländliche Regionen zwar zunehmend ein Betätigungsfeld

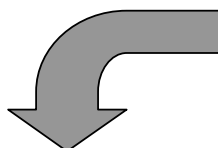
für rechts orientierte Jugendliche bzw. Gruppierungen darstellen, die Szene jedoch weitgehend unsichtbar ist und zudem äußerst schwer zu klassifizieren. Dieser Umstand erschwerte zum einen den Zugang zu den Jugendlichen, barg jedoch für die Projektteams gleichzeitig auch die Chance in sich, mit den bewährten Arbeitsformen der Offenen Jugendarbeit auf sich aufmerksam zu machen.

Cliquen oder einzelne Anhänger der Szene waren in ausnahmslos allen Projektgebieten vorhanden. Die Ausdrucks- und Erscheinungsformen sind mittlerweile jedoch äußerst facettenreich und reichen von der Präsentation der herkömmlichen, hinlänglich bekannten Symbolik bis dahin, dass eine Vermischung verschiedener Merkmale vonstatten geht, die dazu führt, dass visuell keine Unterscheidung, geschweige denn eindeutige „Zuordnung“, mehr getroffen werden kann. Die Uniformierung der Jugendlichen ist deutlich zurückgegangen, die Strategie geht eher zum Agieren im Hintergrund. Zudem nehmen sich viele Jugendliche selbst gar nicht als „rechts“ wahr.

Bundesmodellprogramm „Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ (Struktur)

Praxisprojekte

- A. Ländliche Jugendarbeit
(Storchennest e.V. / Mecklenburg-Vorpommern)
- B. KreuzKurs
(Verein zur Förderung bewegungs- und sportorientierter Jugendsozialarbeit Marburg e.V. / Mecklenburg-Vorpommern)
- C. Frei-Drehn
(Verein zur Jugendförderung des DGB / Brandenburg)
- D. LÄNJA - Neue Angebotsformen der Jugendarbeit
(Internationale Jugendgemeinschaftsdienste / Brandenburg)
- E. NEXUS - Mobile Jugendarbeit auf dem Land
(CAMINO Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH / Brandenburg)
- F. 2T3 – Einmischen im Grenzraum
(Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Sachsen-Anhalt e.V.)
Frischer Wind auf dem Lande
(NaturFreundeJugend Gotha / Thüringen)
- K. Young Beat
(Hafenstraße Meißen e.V. / Sachsen)



Arbeitsschwerpunkte

- 1 mobile Arbeit
- 2 geschlechtsbewusste Arbeit
- 3 Partizipation
- 4 Kooperation / Koordination / Vernetzung
- 5 Förderung von freiwilligem Engagement / Ehrenamt
- 6 Abenteuer- und Erlebnispädagogik
- 7 Kulturelle / politische Bildungsarbeit / Medienpädagogik

Arbeitsformen

Abenteuer -, Erlebnis orientierte Freizeiten
aufsuchende Jugendarbeit
Bandbetreuung, -förderung Begegnungsfreizeiten, Workcamps
Fahrten/Exkursionen/Expeditionen
Videoarbeit
Geländespiele
Gremienarbeit
Jugendgruppenleiterschulungen
Kinder- und Jugendparlamente
Kulturelle Events
mobile Angebote
Naturerlebnisspiele
Arbeit mit den Neuen Medien
Open-air- / Indoor-Konzerte
Organisation von Dorffesten
Planspiele
Problemlösungsaktivitäten
Rollenspiele
Sportangebote
Theaterarbeit
vertrauensbildende Übungen
Wanderungen
Workshops
Seminare, Schulungen
Zukunftswerkstätten
etc.

Der Arbeitsschwerpunkt „Jugendarbeit für Demokratie und Toleranz“ stellte eine zentrale Herausforderung für die zweite Förderphase dar. Aus diesem Grund – und auch aus Zeitgründen – möchte ich mich auch auf diesen Arbeitsschwerpunkt konzentrieren.³

Auf den in der Zeit von 1998 bis 2001 gesammelten Erfahrungen aufbauend wurden in der zweiten Förderphase die folgenden Zielsetzungen relevant:

- die Schaffung einer öffentlichen Plattform gegen Rechts und Stärkung einer Gegenöffentlichkeit zur rechten „Jugendkultur“,
- die Aufwertung von tolerantem, demokratischem und ausländerfreundlichem Verhalten bei den Jugendlichen;
- die Auseinandersetzung mit dem Thema „Rechtsextremismus“, Wissensvermittlung;
- die Förderung des Austauschs der Jugendlichen untereinander und stärkerer Zusammenarbeit bzw. Vernetzung;
- die Sensibilisierung der Teilnehmer/innen für einen offenen, antirassistischen und nichtsexistischen Umgang miteinander.

Um die gestellten Ziele umsetzen zu können, bedurfte es einer konzertierten Aktion aller Gleichgesinnten und Interessierten gemeinsam mit den Fachkräften der Jugendarbeit. Diese müssen ihrerseits für diese verantwortungsvolle Aufgabe kontinuierlich und konsequent fit gemacht werden. Prof. Christel Hopf dazu: „Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen müssen imstande sein, die rechts orientierten Jugendlichen als Personen zu achten und zu stützen und ihnen auf politischer Ebene dennoch Grenzen zu setzen und sie mit anderen Sichtweisen und Normen zu konfrontieren. Dies ist für alle sozialpädagogisch Tätigen eine schwierige Gratwanderung und setzt voraus, dass sozialpädagogische Arbeit in ihrer Professionalität geachtet wird und dass man erkennt, dass es mit gutem Willen allein nicht getan ist.“ (Hopf 2000, S. 59)

Dies macht vor allem deutlich, so Benedikt Sturzenhecker, „dass Jugendarbeit nicht alleine bleiben darf und kann in der Auseinandersetzung mit rechtslastigen Jugendlichen, sondern das Gemeinwesen mit seinen einzelnen Personen und Institutionen einbezogen werden muss. Besser noch: Das soziale Gemeinwesen wird gemeinsam aktiv gegen Menschenfeindlichkeit und bezieht Jugendarbeit mit ein. Denn der Kampf um die Praxis von Demokratie und Menschenrechten muss für die Jugendlichen konkret in ihrem gesamten Alltag erfahrbar werden. Diese Aufgabe kann nicht an einige wenige pädagogische Institutionen und Professionelle abgeschoben werden.“ (Sturzenhecker 2000, S. 7)

Zu Maßnahmen und Arbeitsformen

Von Beginn der zweiten Förderphase an war klar, dass es weder um – die viel umstrittene – akzeptierende Jugendarbeit gehen kann, noch um Interventions- und Präventionsansätze im engen Sinne. Hingegen sollte mit Hilfe der bereits in den ersten drei Jahren Projektarbeit erprobten Arbeitsformen das Problem angegangen werden, d.h. Ausgangspunkt für die Arbeit war eine erneute Situations- und Zielgruppenanalyse, um die Schwerpunkte der Arbeit setzen zu können.

Recht schnell wurde den Projektteams klar, dass der Arbeitsschwerpunkt in der politisch-kulturellen Bildungsarbeit, in der Etablierung von Alternativkulturen liegen musste, und dass es weniger um die Arbeit mit Jugendlichen mit deutlich rechter Gesinnung gehen konnte.

Grundsätzlich hat die Offene Jugendarbeit in ländlichen Regionen – wie schon erwähnt – mit dem Problem zu tun, dass die Jugendlichen sehr verstreut und aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte auch nicht sehr zahlreich vorhanden sind. Es galt demnach wie in der ersten Förderphase auch, prinzipiell alle Jugendlichen in die Arbeit zu integrieren und Stigmatisierungen von vornherein zu vermeiden.

Hinzu kam die Schwierigkeit, dass viele dieser Jugendlichen „unsichtbar“ bleiben, da sie sich kaum in öffentlichen Räumen aufhalten oder aber in Cliques integriert sind, die bereits feste Treffpunkte haben. An diese Jugendlichen heranzukommen, um sie in die Arbeit einzubeziehen, war deshalb wiederum das erste wichtige Anliegen der Projektteams.

Rechte Jugendliche wurden nicht gezielt angesprochen. Kamen sie von sich aus zu den Veranstaltungen (meist waren das sport- und bewegungsbezogene Aktivitäten), dann reagierten die Projektteams darauf, indem sie Regeln mit ihnen vereinbarten, die sie zu akzeptieren hatten. Taten sie dies nicht, mussten sie die Veranstaltung wieder verlassen. Die Teams bezogen in solchen Fällen klare Positionen, machten diese auch deutlich und gaben den Jugendlichen damit immer die Möglichkeit, sich selbst zu positionieren und zu reagieren. Ansonsten galt das Prinzip der Gleichbehandlung.

Schwierig bzw. unmöglich war es für die Projektteams, auf Jugendliche Einfluss zu nehmen, die bereits in Gruppenstrukturen integriert waren und Einrichtungen „okkupiert“ hatten. Gute Chancen für die Arbeit bargen hingegen gemischte Gruppen von Jugendlichen, in denen verschiedene Ansichten vertreten wurden. Ein wichtiges Prinzip der Arbeit war dabei, dass bei offenen Angeboten darauf geachtet wurde, den Anteil der beteiligten rechts orientierten Jugendlichen immer in der Min-

derzahl zu halten.

In der Arbeit mit gemischten Jugendgruppen hat es sich als ausgesprochener Vorteil erwiesen, dass innerhalb dieser Gruppen Lernprozesse einsetzen, die quasi ohne direktes Eingreifen der Projektbetreuer/innen ablaufen. Die Teams gaben lediglich den Rahmen und die Grundregeln vor, die Jugendlichen setzten selbstständig ihre Akzente. Nicht zuletzt ist diese Tatsache auch interessant unter dem Aspekt geschlechtsbewusster Jugendarbeit, da die Mädchen mitunter in den Gruppen eine besondere Rolle gegenüber den Jungen einnahmen.

Stärker als in der ersten Förderphase wurde versucht, die personellen Zusammenhänge und verschiedenen Schattierungen rechter Orientierungen kennen zu lernen. Zu diesem Zweck wurden die vorhandenen persönlichen Kontakte der Projektteams zu den Jugendlichen gezielt genutzt und häufiger als zuvor Gespräche mit einzelnen Jugendlichen geführt, da diese in der Regel allein zugänglicher sind, als wenn sie in Gruppen auftreten. Doch stellten sich die Teams dabei auch die Frage, wieviel Zeit und Aufmerksamkeit den Rechten im Verhältnis zu den anderen Jugendlichen gewidmet werden sollte, denn schnell wird es als eine erfolgreiche Strategie der Rechten gewertet, wenn sich (die wenigen vorhandenen) Kräfte speziell um sie kümmern.

Das Prinzip, auf dem die Arbeit der Projektteams grundsätzlich beruhte, war so einfach wie wirksam. An die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen anknüpfend wurden Angebote vorgehalten, die im Wesentlichen drei Bereiche berührten: Musik, Sport, Abenteuer und Erlebnis. Damit sind die jugendlichen Interessenlagen erfasst, mit deren Hilfe der Einstieg am besten gelingen kann und bei dem man unabhängig von jeglicher politischer Anschauung Zuspruch findet.

Dabei kam es zum einen darauf an, dass die Projektmitarbeiter/innen für die Jugendlichen authentisch waren, d.h. als eine Person mit eigenen Erfahrungen, Vorstellungen, Überzeugungen, Vorlieben, Gefühlen, Ängsten etc. auftraten. Zum anderen knüpften die Projektteams mit der Thematik „Rechtsextremismus“ an der konkreten Lebenswelt der Jugendlichen an. Weniger sachbezogene Überzeugungsarbeit als vielmehr persönliche Begegnung und Kommunikation standen in der Arbeit mit den Jugendlichen im Vordergrund. Durch den Aufbau einer Vertrauensbasis wurde pädagogische Arbeit erst möglich.

Es kam in der Projektarbeit sehr darauf an, eine gemeinsame Kommunikationskultur zu schaffen. Die Einhaltung sozialer Regeln hing sehr eng mit Kommunikationsfähigkeit zu-

sammen. Innerhalb der Aktionen passierte es zwangsläufig, dass eine Interaktion zwischen den verschiedenen Beteiligten – den Jugendlichen, dem Projektteam und auch dem sozialen Umfeld – hergestellt werden musste. Hier sammelten die Jugendlichen Erfahrungen, worauf es ankommt, dass ein Projekt erfolgreich praktiziert werden kann. Das Projektteam war dabei permanent als Ansprechpartner verfügbar und leistete begleitende Unterstützung.

Dabei wurde das Ziel verfolgt, bei den Jugendlichen soziale Kompetenzen zu entwickeln. Dazu gehörten vor allem Team- und Kommunikationsfähigkeit, die Akzeptanz der Meinung des anderen, Empathie, Kreativität, Eigeninitiative, die Fähigkeit zur Einschätzung persönlicher Stärken und Schwächen, Konfliktbereitschaft bzw. Konfliktfähigkeit, aber auch die Fähigkeit zur Verarbeitung von Misserfolgen und die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. In Wochenendseminaren beispielsweise waren gute Möglichkeiten gegeben, soziales Lernen zu praktizieren.

Grundsätzlich sollten alle Jugendlichen in die Projektarbeit einbezogen werden. Dennoch war es notwendig, dass die Projektteams sich klarmachten, wo hier möglicherweise Grenzen gezogen werden müssen, also welche Jugendlichen man in die Arbeit einbeziehen kann und will und wann mit ihnen nicht gearbeitet wird oder werden kann. Dazu wurden klare Aussagen getroffen. Es wurde abgelehnt, mit den Jugendlichen zu arbeiten, wenn in irgendeiner Form erkennbar war, dass es sich um organisierten Rechtsextremismus mit einer Parteiorganisation im Hintergrund handelt, in Verbindung mit Straftaten, bei erkennbar gut strukturierter und zementierter Ideologie und wenn manifeste, homogene Gruppenstrukturen vorhanden waren.

In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass es eine unbedingte Voraussetzung für die Arbeit mit homogenen Gruppen ist, die Möglichkeit des kontinuierlichen Aufsuchens und intensiven Arbeitens zu sichern. Hier liegen Grenzen der Offenen Jugendarbeit, vor allem dann, wenn die Projektregionen groß und die Jugendlichen sehr vereinzelt sind und die Anzahl der verschiedenen Gruppen doch beträchtlich ist.

Die meisten der in der ersten Förderphase des Modellprogramms erprobten Methoden und Arbeitsformen der Praxisprojekte fanden Anwendung bei der Umsetzung des Arbeitsschwerpunktes „Jugendarbeit für Demokratie und Toleranz“. Insbesondere haben sich Arbeitsformen bewährt, bei denen – vermittelt über die Interessen- und Bedürfnislage der Jugendlichen – Kenntnisse und soziale Fähigkeiten bzw. Fertigkeiten vermittelt werden

konnten, ohne dabei vordergründig „dem Rechtsextremismus den Kampf anzusagen“. Zentrale Bedeutung hatte dabei die Etablierung und Stärkung von alternativen Gegenkulturen zur „rechten Alltagskultur“. Hierin liegt die einzige Chance der Offenen Jugendarbeit, um in diesem Feld mitzumischen.

Zusammenfassende Erkenntnisse

1. Die Forderung nach mehr personeller Kontinuität in der Jugendarbeit bestätigend hat sich gezeigt, dass Mitarbeiter/innen, die über die gesamte Laufzeit des Programms an der Arbeit beteiligt waren, fachlich qualifizierter, kompetenter und urteilsfähiger waren als zu Projektbeginn, vor allem aber auch als einige Mitarbeiter/innen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt eingestiegen waren und sich zum Teil mit dem ursprünglichen Anliegen des Programms nicht mehr auseinandergesetzt hatten. Bei der Konzeptualisierung von Projekten und bei der Auswahl des Personals sollte demnach neben der fachlichen Qualifikation im Interesse des Erfolgs auch die Frage eine Rolle spielen, inwieweit kontinuierliche Arbeit personell abgesichert werden kann.
2. Die rechtzeitige, konsequente und kontinuierliche Einbeziehung von Vertretern/innen des regionalen Umfeldes, der Gemeinde, des Bundeslandes und auch des Projektträgers in die Arbeit des Modellprogramms ist zu kurz gekommen und aus verschiedenen Gründen nicht so gelungen, wie es angezielt war. Im Nachhinein hätte es sich als günstig erwiesen, dies noch mehr zu forcieren, zum einen um die Sichtweise auf Projekt und Programm aus einer anderen Perspektive zu bekommen und – was noch wichtiger ist –, um die vielbesprochene und immer wieder geforderte Nachhaltigkeit der Projektarbeit zu sichern, denn ohne Unterstützung aus der Region bzw. der Kommune ist dies nicht machbar. Unterstützungspotenzial in dieser Frage müsste freigelegt und Steuerungsmechanismen entwickelt werden, die die Motivation (und auch die Möglichkeiten) der regionalen Partner verbessern helfen.
3. Kontinuität und Zuverlässigkeit in der (Offenen) Jugendarbeit sind wichtige Grundvoraussetzungen für die Einbeziehung aller Jugendlichen, nicht nur der (latent) rechts orientierten, auch wenn insbesondere diese Jugendlichen besonderen Bedarf mitbringen. Alle Jugendlichen, die an Aktionen teilnehmen und denen es zumeist an verlässlichen sozialen Beziehungen mangelt, sind auf stabile, tragfähige Beziehungen, in denen Selbstfindungsprozesse stattfinden können, besonders angewiesen. Unter den

derzeitigen personellen und finanziellen Rahmenbedingungen ist diese Bedingung leider nur schwer zu erfüllen. Dabei richten punktuelle und sporadische Angebote, die nicht auf Beteiligung zielen, letzten Endes mehr Schaden an, als sie nützen.

4. In den Projektregionen stehen zu wenig pädagogische Fachkräfte zur Verfügung. Die Projektteams standen mitunter mit ihrem guten konzeptionellen Ansatz allein und ohne Unterstützung da. Dabei empfand so manche/r Projektmitarbeiter/in das Modellprogramm als den berühmten „Tropfen auf den heißen Stein“. Hinzu kommt die Schwierigkeit, geeignete Fachkräfte überhaupt zu finden, denn „Jugendarbeiter und Jugendarbeiterinnen stehen einerseits einer Fülle von Anforderungen gegenüber. Andererseits erleben sie einen anstrengenden, nur noch begrenzt aushaltbaren pädagogischen Alltag und Rahmenbedingungen, welche geprägt sind von niedrigen Einkommen, ungünstigen Arbeitszeiten und fehlender Anerkennung.“ (Böhme 2002, S. 5). Schlussfolgerung kann hier nur sein, die Lobbyarbeit zu verbessern, regionale Partner für Jugendarbeit zu sensibilisieren und bei ihnen ein Bewusstsein zu entwickeln, dass die Arbeit, die von den Projektteams in guter Qualität geleistet wird, als Chance zu begreifen ist.
5. Ehrenamtlich Arbeitende bzw. Erwachsene, die dazu bereit sind, ehrenamtlich zu arbeiten, müssen an Institutionen angebunden sein (z.B. Vereine oder Verbände). Ein gemeinsames Interesse allein reicht nicht aus, um längerfristig Ehrenamtlichen-Strukturen zu etablieren. Daraus resultiert die Notwendigkeit der Entwicklung einer pluralen Vereins- und Verbandsstruktur in ostdeutschen ländlichen Regionen, die bereit und in der Lage ist, Ehrenamtlichkeit zu fördern. Dies ist keine leichte Aufgabe, zumal die vergangenen fünf Jahre gezeigt haben, dass gerade neue Vereine, die nach der Wende entstanden sind und die auf dem Lande eine Chance darstellten, wieder zuerst aufgelöst werden.
6. Die in großstädtischen Räumen ganz klar vorhandene Konkurrenz von freien Trägern und damit einhergehender Leistungsdruck existiert so im ländlichen Raum nicht. Die mangelnde Pluralität an Angeboten und Trägern und eben auch an Verbänden führt dazu, dass die wenigen vorhandenen Träger frei agieren können und starke Hierarchien das Feld bestimmen. Damit gehen in den Kommunen mitunter auch die Maßstäbe dafür verloren (oder sind gar nicht vor-

handen), was gute Jugendarbeit sein kann. Auch hier wäre die notwendige Konsequenz die Entwicklung einer pluralen Trägerstruktur, die Jugendarbeit qualitativ hochwertig zu leisten vermag.

7. Die Chance für rechte Kräfte liegt im Mangel an alternativen kulturellen Angeboten, die Etablierung von Alternativen ist die Chance für die Offene Jugendarbeit. Solange diese Chance nicht wirklich genutzt wird und die „rechte Kultur“ den Alltag dominiert, wird es sich kaum zum Besseren wenden. Dass es gute Ansätze gibt, die auch funktionieren, haben die Projektteams im Modellprogramm gezeigt. Eine Gefahr für die Jugendarbeit besteht jedoch dort, wo sie sich nicht mehr aus eigenen fachlichen Zielsetzungen und inhaltlichen Zusammenhängen heraus definiert, sondern sich einer „Verhinderungspädagogik“ verschreibt. (vgl. Lindner 1999, S. 153ff.) Die konzeptionellen Zielsetzungen – ebenso wie die Zielgruppe – der Offenen Jugendarbeit müssen also klar definiert und möglichst adäquat umgesetzt werden, ohne auf den „Zug aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen aufzuspringen“, um sich Legitimation zu verschaffen.

1) Siehe dazu: Opitz-Karig 2002 und 2003.

2) Der Raumordnungsbericht 2000 (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Bonn 2000, S. 64) beschreibt für Struktur-schwäche die folgenden Kriterien: extrem niedrige Bevölkerungsdichte, häufig unzureichende Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur, eingeschränktes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln; die im Agrarsektor arbeitslos gewordene Bevölkerung kann nicht im industriellen oder Dienstleistungssektor aufgefangen werden; die Investitionstätigkeit bewegt sich auf geringem Niveau; anhaltende Bevölkerungsverluste, v.a. der jungen und qualifizierten Bevölkerung sowie geringe Geburtenzahlen gefährden mittel- bis langfristig den Fortbestand dieser Räume als funktionsfähige Siedlungsräume und Kulturlandschaften. Im europäischen Integrationsprozess drohen sie weiter aus dem Blickfeld zu geraten, denn für den Anschluss an die transeuropäischen Netze liegen sie zu peripher. Ihre größten Vorteile liegen in dem hohen Wert der Kulturlandschaft und dem hohen Leistungspotenzial der natürlichen

3) Zu weiteren Arbeitsschwerpunkten des Programms siehe: Opitz-Karig 2002, S. 61ff. und 2003, S. 27ff.

Literatur

Böhme, J. (2002): Vorwort des Herausgebers. In: Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V. (Hrsg.): Ein kompetenter Jugendarbeiter braucht ... Kompetenzprofil: Jugendarbeit. Chemnitz, S. 5-6

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2000): Raumordnungsbericht 2000. Bonn

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2002): Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin

Hopf, C. (2000): Rechtsextreme Jugend – die Frage nach den Ursachen. In: Rechtsextreme Jugend: Eine Erschütterung der Gesellschaft?, Leipzig, S. 52-62

Irmen, E. (1997): Auswirkungen der Bevölkerungsstruktur in dünn besiedelten Regionen auf die Tragfähigkeit der Infrastruktur. In: Aktionsbündnis Ländlicher Raum. Erhaltung der Infrastruktur im ländlichen Raum – aber wie? Frankfurt am Main

Lindner, W. (1999): ‚Zero Tolerance‘ und Präventionsinflation – Jugendliche und Jugendarbeit im Kontext der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte. In: deutsche jugend 4, S.153-162

Mitteilungen und Informationen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung Bonn. 3/1996, 1/1997, 3/1997. Bonn
Opitz-Karig, U. (2002): Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum. Abschlussbericht Phase I. Leipzig

Opitz-Karig, U. (2003) Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum. Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung (Phase II). Leipzig
Scharf, C. (Hrsg.)/Schütz, A. (2001): 2T1 – Odensee im Grenzraum. Ein Bundesmodellprojekt. Zwischen kultureller und politischer Bildung, 1998-2001. Chemnitz

Sturzenhecker, B. (2000): Offene Jugendarbeit mit latent rechts orientierten Cliques. Erfahrungen aus aktuellen Beratungen in Westfalen-Lippe, Materialien Landesjugendamt und Westfälische Schulen

Wigrim, K./Hub, B. (1999): Verantwortung braucht Identifikation. In: Was – wann – wo. Veranstaltungskalender für die Kinder- und Jugendhilfe in Berlin und Brandenburg. 2/99

Winter, R.(1993): Zur Lebenslage im ländlichen Raum. In: Berichte über Landwirtschaft 71, Hamburg, Berlin